

Harpreet Kaur Paul & Dalia Gebrial (Hg.)

Eine Welt – ein Klima

**Globale Perspektiven auf einen
gerechten Green New Deal**

aus dem Englischen übersetzt von
Lennart Zipf

mit Illustrationen von
Tomekah George & Molly Crabapple

UNRAST

1. Klimagerechtigkeit durch einen globalen Green New Deal

Harpreet Kaur Paul & Dalia Gebrial

Sehen wir im Umgang mit der COVID-19-Pandemie eine Art Indikator für unsere kollektive Fähigkeit zur Bewältigung von Krisen, verheißt das im Hinblick auf unseren zukünftigen Kampf gegen die Klimakrise nichts Gutes. Schauen wir beispielsweise nach Indien: Dort wurden mehr als 1,3 Milliarden Menschen am 24. März 2020 in einen COVID-19-bedingten Lockdown geschickt – innerhalb eines Zeitraums von nur vier Stunden. Wie fast überall auf der Welt konnten sich lediglich diejenigen in die Sicherheit ihres Zuhauses zurückziehen, die Zugang zu Ersparnissen hatten oder sich in regulären Arbeitsverhältnissen befanden. Einen Großteil der rund 40 Millionen Wanderarbeiter*innen Indiens – von denen viele von der Hand in den Mund leben müssen – ließ der Lockdown jedoch ohne Einkommen zurück, gestrandet in den Großstädten, weit entfernt von ihren Heimatorten. Wegen des lahmgelegten Schienen- und Straßenverkehrs entschlossen sich viele der mittellosen Arbeiter*innen, die das System am Laufen halten – unter ihnen Haushaltshilfen, Fahrer*innen, Gärtner*innen, Straßenverkäufer*innen, Tagelöhner*innen oder Bauarbeiter*innen – kurzerhand dazu, teilweise Hunderte von Kilometern in ihre Heimatdörfer zu Fuß zurückzulegen, dieselben Dörfer, die einige zu-

vor aufgrund der verheerenden Folgen des Klimawandels verlassen mussten.¹ Viele überlebten diese Heimreise nicht.² Überall auf der Welt sind die im informellen Sektor beschäftigten Arbeiter*innen – die Mehrheit von ihnen Frauen – unverhältnismäßig stark von den Auswirkungen der Krise betroffen.

In Industrieländern³ wie dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland (UK) oder den USA sind es darüber hinaus People of Color, die unverhältnismäßig stark von der Krise betroffen sind. Diese leben zumeist in dicht besiedelten Arbeiter*innenvierteln und verdienen ihr Geld oftmals in Berufen, in denen sie besonderen Gefahren ausgesetzt sind wie etwa in der Pflege oder dem Transportwesen. Somit sind sie auch in jenen Ländern, die eigentlich bestens auf eine solche Krise vorbereitet sein sollten,⁴ am stärksten von den Auswirkungen des Virus betroffen. Diejenigen, die als »unproduktiv« gelten – etwa ältere Menschen oder Menschen mit Behinderungen –, werden im Dienste einer Wirtschaft geopfert, von der sie nicht als wertgeschätzte Mitglieder betrachtet werden, sondern lediglich als Belastung für unsere Gesellschaft. Nahezu überall vollstreckte die Polizei die Lockdown-Maßnahmen gegen arme Menschen – oftmals ohne Zugang zu Wohnraum⁵ – mit unverhältnis-



mäßiger Strenge. Diejenigen Arbeiter*innen, die an vorderster Front mit dem Virus zu kämpfen haben, sind dieselben, die für ihre Forderungen nach angemessener Schutzausrüstung bestraft werden und von einer zunehmend feindseligen Einwanderungspolitik sowie migrant*innenfeindlichen Schlagzeilen betroffen sind. Mit anderen Worten: Es sind die Schwächsten und die Marginalisierten, die während dieser globalen Krise den höchsten Preis bezahlen müssen.

Ist es möglich, aus diesem Horrorszenario zu lernen? Können wir stattdessen die Art und Weise, wie wir arbeiten, pflegen, spielen, uns bewegen und ausruhen, umgestalten? Und wird es uns gelingen, hierbei – insbesondere in Krisenzeiten – das Wohl der Menschen und des Planeten in den Vordergrund zu rücken? Die Notwendigkeit, diese Bedürfnisse umzustrukturieren und in den Mittelpunkt zu stellen, ist seit langer Zeit der Leitsatz von Verfechter*innen der Klimagerechtigkeit weltweit. Aktivist*innen im globalen Norden erfahren hierbei neuerdings durch den Green New Deal Aufwind. Dieser zielt darauf ab, die Klimakrise mithilfe des Konzepts »Build Back Better« zu überwinden – etwa durch die Schaffung grüner Arbeits- und Ausbildungsplätze und Umschulungsprogramme. Der Green New Deal soll nicht nur die Erzeugung erneuerbarer Energien ankurbeln und die Energieeffizienz erhöhen, sondern auch zur Reduzierung von Abfall und einem Umdenken in der Landnutzung beitragen. Hierfür stehen verschiedene Instrumente zur Verfügung – die Vergesellschaftung von Unternehmen aus den Bereichen Energie, Abfallwirtschaft, Landwirtschaft und dem Transportwesen ebenso wie die Bekämpfung der Energiearmut durch eine Kombination von günstigerer, staatlich erzeugter sauberer Energie mit Energiesparprogrammen (z.B. eine verbesserte Wärmedämmung für Wohnungen).



Die progressiven Green New Deals zielen darauf ab, der Klimakrise eine transformative Politik und Wirtschaft entgegenzustellen. Hierfür müssen umfangreiche Investitionen in die öffentliche Infrastruktur getätigt und den Bürger*innen kostenfreie – oder zumindest günstige – grüne öffentliche Verkehrsmittel zur Verfügung gestellt werden. Zudem muss eine Abkehr von der Orientierung auf oligarchische Energieunternehmen hin zu einem demokratischen gemeinwohlorientierten Modell in gesellschaftlichem Eigentum stattfinden. Der Fokus des Green New Deals muss auf einem gerechten Übergang liegen. Verlorene Arbeitsplätze aus CO₂-intensiven Branchen müssen verlagert werden, etwa in die Sektoren der erneuerbaren Energien, Energieeffizienz, Aufforstung oder der nachhaltigen Biolandwirtschaft – unter menschenwürdigen Arbeitsbedingungen. All diese Entwicklungen stehen für einen Wandel im Klimadenken des globalen Nordens, wo Begriffe wie »die Umwelt« oder »der Klimaschutz« bislang abgetrennt von Wirtschaft und Politik als abstrakte Begriffe betrachtet wurden. Es scheint, als hätte man eine längst überfällige Lektion gelernt. Zurückzuführen ist dieser Wandel größtenteils auf ein Lernen von den ganzheitlichen Ansätzen der Bewegungen für Klimagerechtigkeit des globalen Südens und indigener Communities.

Bislang blieb der Green New Deal jedoch oft in einer Vorstellungswelt verhaftet, die nicht über die nationale Ebene hinausreicht. Zwar haben nordamerikanische und europäische Aktivist*innen und Politiker*innen für ihre jeweiligen Länder durchaus überzeugende Visionen für einen solchen Wandel vorgelegt – der Klimawandel ist jedoch ein globales Phänomen und die von ihm ausgelöste Krise kann demnach auch nur auf globaler Ebene erfolgreich bewältigt werden. Bringen die Aktivist*innen des globalen Nordens die Dekarbonisierung nicht schnell genug voran, um die weltweite Erwärmung unter 1,5°C zu halten, hat dies unmittelbare Folgen für die vor Ort betroffenen Menschen: der Anstieg des Meeresspiegels, Hitze, Wasser- und Lebensmittelknappheit, die Ausbreitung von Krankheiten, zunehmend starke Stürme, Waldbrände, Dürren (die oftmals zu anhaltender Wüstenbildung führen) und Überflutungen. Nie war die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens dringlicher, nie war es wichtiger, die Erderwärmung auf deutlich unter 2°C im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen – und doch erhalten fossile Industrie-

zweige weiterhin rekordverdächtige staatliche Subventionen und sorgen für einen immer stärkeren Emissionsanstieg.

Es bestehen zudem deutliche Unterschiede, in welchem Maße sich die beiden relevanten Zahlen des Pariser Klimaabkommens auf das Weltklima auswirken würden – ein Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur von 2 °C statt 1,5 °C hätte dramatische Folgen. Die NASA merkt in ihrer Zusammenfassung des IPCC-Sonderberichts aus dem Jahre 2018⁶ an, dass bei einem Anstieg von 2 °C etwa 61 Millionen Menschen zusätzlich unter extremen Dürren aufgrund von Wassermangel leiden werden. Bei einem Anstieg von lediglich 1,5 °C beträfe dies nur etwa die Hälfte. Außerdem wären schätzungsweise 184 bis 270 Millionen weniger Menschen von zunehmender Wasserknappheit betroffen. Dem WWF zufolge würde eine Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 1,5 °C außerdem dazu führen, dass 1,3 Milliarden Menschen weniger von regelmäßig auftretenden Hitzewellen betroffen wären⁷ und 65 Millionen Menschen weniger von extremen Hitzewellen. 10 Millionen Menschen weniger hätten mit den Folgen des Meeresspiegelanstiegs und den daraus resultierenden Zerstörungen ihrer Lebensräume zu kämpfen.

Wenn wir so weitermachen wie bisher, werden wir die im Pariser Klimaabkommen gesetzten Ziele nicht erreichen. Es existieren unterschiedliche Schätzungen, aber die meisten Wissenschaftler*innen gehen davon aus, dass die globale Durchschnittstemperatur bis zum Ende des Jahrhunderts um etwa 4 °C ansteigen wird. Dies hätte zur Folge, dass große Teile des Äquatorgürtels für einen Großteil des Jahres unbewohnbar wären und sich saharaähnliche Wüsten bis nach Süd- und Mitteleuropa ausbreiten würden. Zwei Drittel der Gletscher, die einen Großteil der Flüsse weltweit mit Wasser speisen, wären verloren. Die bereits eingeleiteten politischen Maßnahmen könnten die Erderwärmung auf einen Anstieg von 2,8 °C begrenzen, jedoch existiert kein hierfür verantwortliches Gericht, das die Staaten zur Umsetzung selbst dieser unzureichenden Maßnahmen zwingen könnte. Die bisherigen Zusagen und formulierten Ziele einzelner Nationen sind rechtlich nicht bindend.

Ehrgeizige Pläne zur Dekarbonisierung stellen weiterhin ein wichtiges Instrument dar. Die Forderungen des globalen Nordens jedoch – etwa ein Transportwesen auf Basis erneuerbarer Energien – werden erhebliche Auswirkungen auf die globalen Lieferketten und die globale ökologische

Nachhaltigkeit haben. Den globalen Norden mit grüner Energie zu versorgen, während die Mehrheit der Menschen des globalen Südens keinen Zugang zu Grundbedürfnissen hat, widerspricht der Idee eines globalen Green New Deals. Ignorieren wir die wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen der Klimakrise und den Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung, laufen wir Gefahr, eine neue Ära des »grünen Kolonialismus« zu befördern. Ein »Fortschrittsmodell«, das auf der Ausbeutung jener Arbeiter*innen beruht, die die Mineralien und Metalle für unsere erneuerbare Energiewirtschaft abbauen, dürfen wir nicht akzeptieren. Auch die fortlaufende Konzentration von Landbesitz und Landzugang auf einige wenige Menschen muss bekämpft werden. Wir können unsere auf fossile Brennstoffe ausgerichtete Wirtschaft – in der ein Land wie Nigeria 86 Prozent seiner Exporteinnahmen durch Öl und Gas erzielt,⁸ während zwei Drittel der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben – nicht einfach durch eine auf grüne Energie ausgerichtete Wirtschaft ersetzen, die dieselben Dynamiken aufrechterhält. Damit würden wir die Chance verspielen, die Welt nicht nur einfach wiederaufzubauen, sondern diese neu zu errichten, in dem Wissen, dass eine andere Welt möglich ist. Eine Welt, in der die Bedürfnisse nach sauberer Energie, Nahrung, Wasser, Wohnraum, Mobilität, Pflege und Gesundheit erfüllt werden – ohne Ausnahme.

Wir müssen den Green New Deal neu denken und besser für ihn mobilisieren. Dazu gehört auch die Art und Weise, wie wir unsere Bewegung – unsere politischen Forderungen und unsere Vision für einen Wandel – in den kommenden Jahren gestalten: Unsere Forderung nach Klimagerechtigkeit muss in einem globalen Verständnis von Verantwortung, Rechenschaftspflicht und Reparationen verankert werden.

In diesem Buch soll das Wissen von Klimaaktivist*innen aus der ganzen Welt gebündelt und für einen alternativen Green New Deal geworben werden, der sich den Prinzipien der globalen Gerechtigkeit verschreibt und sich der wechselseitigen Abhängigkeit der durch die Klimakrise verursachten Probleme und deren Lösungen bewusst ist. Abstrakte Plattitüden wie jene des »Internationalismus« gilt es hierbei zu vermeiden. Vielmehr müssen Fallstudien konkreter politischer Maßnahmen und Klimabewegungen auf globaler Ebene herangezogen werden, um zu weitreichenderen Schritten in der Klimapolitik anzuregen. Diejenigen, die bereits in die Arbeit rund um den Green New Deal involviert sind, müssen dazu

aufgefordert werden, über nationale Grenzen hinauszudenken. Die von der Politik- und Finanzelite vorgebrachten Lösungsvorschläge lehnen wir ab. Sie sind verlogen, unrealistisch und zielen lediglich darauf ab, ein auf Extraktivismus und Neokolonialismus basierendes Energiesystem fortzuführen. Dieses Buch steht stattdessen in der Tradition der 17 Grundsätze des *Multinational People of Color Environmental Leadership Summits* von 1991⁹ und der jahrzehntelangen Führungsarbeit für Klimagerechtigkeit, die seither durch den globalen Süden geleistet wurde.

Unser Ziel ist es, die globale Erwärmung auf 1,5 °C gegenüber dem Niveau der vorindustriellen Zeit zu begrenzen.¹⁰ Viele Communitys leiden bereits heute an vorderster Front unter den Folgen des Klimawandels und einer sich erwärmenden Erde. Diesen besonders stark Betroffenen müssen Mittel bereitgestellt werden, um diese Folgen zu bewältigen. Wir wollen Wege aus der Klimakrise aufzeigen, die auf Prinzipien demokratischer Eigenverantwortung, Geschlechtergerechtigkeit, Antirassismus und Antikolonialismus beruhen.

Im Mittelpunkt steht hierbei ein reparativer Rahmen, der den globalen Norden – aus historischer Sicht schuldtragend an einem Großteil der globalen Emissionen – in die Verantwortung nimmt, einen gerechten Beitrag im Kampf für eine nachhaltige Welt zu leisten. Hierzu zählt das Erreichen der Kohlenstoffneutralität bis zum Jahr 2030, das Aufstocken der Klimafinanzierung und eine menschenfreundliche Migrationspolitik. Zudem muss bezüglich Landzugang sowie Land- und Nahrungsverteilung um- und vor allem gerecht gedacht werden. Ländern, denen es an Ressourcen, Know-how oder Patenten für saubere Technologien fehlt, müssen diese bereitgestellt werden.

Alleine veränderte Rahmenbedingungen können jedoch nichts gegen den Kohle- und Diamantenabbau durch *Rio Tinto* in Australien ausrichten oder Elefantenschutzgebiete in Indien errichten. Auch die immer einschneidendere institutionell verordnete Austerität und Privatisierung – die universelle soziale Sicherheit in immer weitere Ferne rücken lässt – kann damit nicht bekämpft werden. Dadurch kann weder Ländern der finanzpolitische Spielraum verschafft werden, um mit ihren Maßnahmen die Menschen und den Planeten in den Mittelpunkt zu stellen, noch unsere fortwährende Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen beendet werden. Auch können so keine extraktivistischen Handelsabkommen abgeschafft

werden, aufgrund derer die Arbeiter*innen des globalen Südens unter ausbeuterischen Bedingungen Produkte zum Vorteil von uns Menschen des globalen Nordens herstellen müssen. Veränderte Rahmenbedingungen alleine werden auch nicht unsere kollektive Fähigkeit, auf globale Pandemien, den Klimawandel oder Wirtschaftsrezessionen zu reagieren, derart verbessern, dass die am wenigsten hierfür Verantwortlichen nicht am meisten darunter leiden müssen. Wir hoffen jedoch, dass diese Rahmenbedingungen zur Erstellung einer Reihe allgemeiner Grundsätze und roter Linien beitragen werden, innerhalb derer wir als Kollektiv agieren und handeln können. Letztlich ist es an den Leser*innen dieser Publikation, die Welt zum Besseren zu verändern – etwa durch den Aufbau politischer Bewegungen und die Forderung nach der Umsetzung politischer Maßnahmen.

Bereits heute – bei einer Erderwärmung von $1,1^{\circ}\text{C}$ – betreffen die Folgen des Klimawandels vor allem diejenigen, die am wenigsten dafür verantwortlich sind. Es ist an den wohlhabendsten Menschen des globalen Nordens, diese Auswirkungen zu bekämpfen und eine zukünftige, nicht mehr zu beherrschende Erderwärmung zu verhindern. Selbst wenn die einzelnen Staaten ihre derzeitigen Versprechungen und Klimaziele erfüllen, so würde die globale Durchschnittstemperatur immer noch auf $2,8^{\circ}\text{C}$ über dem vorindustriellen Niveau ansteigen. Nach heutigem Stand werden aber nicht einmal diese unzureichenden Ziele erreicht werden. Ihr Erreichen ist abhängig von zukünftigen Technologien wie beispielsweise zur Kohlendioxidabscheidung, die im besten Fall unpraktikabel sind und im schlimmsten Fall durch Ressourcenausbeutung und Abfallverlagerung den bereits bestehenden ökologischen Rassismus weiter befeuern. Gleichzeitig werden die zur Abfederung und Behebung der gravierenden Folgen der historischen Emissionen benötigten Ressourcen jenen vorenthalten, die diese am dringendsten benötigen. Schlimmer noch, die verfügbaren finanziellen Mittel werden zu oft in Richtung der Verursacher*innen der Klimakrise umgeleitet. Fossile Brennstoffe und die Agrarindustrie werden subventioniert, während die Mittel für Klimaschutz, humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe immer weiter gekürzt werden.

Um einem Zusammenbruch des Klimas angemessen begegnen zu können, braucht es eine globale Vision, die sich mit den eigentlichen Ursachen der Krise befasst. Diese Publikation möchte nicht nur diese Ursa-

chen aufzeigen, sondern auch Lösungsansätze für die Erschaffung einer neuen Welt bieten, in der die Bedürfnisse der Vielen nicht den Profiten und der Macht der Wenigen geopfert werden.

Sie ist in acht Themenbereiche gegliedert, die die jeweils wichtigsten politischen Leitplanken eines globalen Green New Deals umreißen: Arbeit; Gesundheit, Wohnen und soziale Sicherheit; Handel und Investitionen; Land- und Ernährungspolitik; Wasser; Migration; Außenpolitik; Schulden- und Reparationspolitik. Diese Themenbereiche wurden in Workshops im Rahmen des *World Transformed Festival 2019* ermittelt.¹¹ Wir werden jeden dieser Themenblöcke separat einführen. Ergänzt werden diese anschließend durch Beiträge von Politiker*innen, Aktivist*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus aller Welt.

